

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Heinz Fahrenbrach, Düsseldorf, Floraftr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Duff. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Schriftleitung: Otto Raier, D'berf, Floraftr. 7.

Nummer 19

Düsseldorf, den 13. Mai 1933

Verlanoort Krefeld

Gleichschaltung der Gewerkschaften durchgeführt

Der Sinn der „Gleichschaltung“

„Nicht, als ob wir mit unserer Aktion die Gewerkschaften an sich zerstören oder zerschlagen wollten. Im Gegenteil. Wir haben nie etwas zerstört, was überhaupt irgendein Wert für unser Volk hat und werden das auch in Zukunft nicht tun. Das gilt ganz besonders für die Gewerkschaften, die mit sozialer Verantwortung und vom Munde abgesparten Arbeitergroßkapital aufgebaut wurden.“

„Die Gewerkschaften sollen der Baustein für den zukünftigen ständischen Staat sein, zu dem freien Wirtschaftsparlament, das einst unsern Staat und unsere Wirtschaft beherrschen soll.“

„Unsere Aufgabe ist, die beiden großen Säulen der Arbeiterschaft und Angestelltenschaft in einer Spitze zusammenzuführen, der Arbeiterfront. Das erste Ziel wird sein, daß die gesamte deutsche Arbeitsfront finanziell zusammengefaßt wird, damit die Sicherung für alle Renten und Bezüge der Invaliden und der Arbeiterschaft garantiert ist. Dann wollen wir die Vielheit der Verbände auflösen und in einer einzigen Einheit zusammenführen. Die sachliche Gliederung soll dabei erhalten bleiben.“

M. Diese Ausführungen des Leiters des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit weisen den Sinn und das Ziel der „Gleichschaltung“ der deutschen Gewerkschaften, die in diesen Tagen mit der einheitlichen Unterstellung aller Gewerkschaftsverbände unter die Führung Adolf Hitlers und unter die Anweisungen des Aktionskomitees eingeleitet worden ist.

Der Sinn der „Gleichschaltung“ liegt im Wesen des nationalsozialistischen Staatsgedankens begründet. Der nationalsozialistische Staat kann sich nicht, wie der „liberale“, der demokratische Staat, damit begnügen, das Gesetz des Handelns im Rahmen des allgemeinen Staats- und Strafrechts dem Einzelnen oder einer zusammengefaßten Gruppe, wie die Gewerkschaftsverbände sie darstellen, zu überlassen. Er gibt dem Einzelnen wie der Gesamtheit bindende Verpflichtung und muß bestrebt sein, die Gemeinschaft mit seinen bindenden und verpflichtenden Staatsideen zu durchdringen.

Darum kann der neue Staat, wie der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit ausführt, keine Gewerkschaften dulden, die „den Parteien des Marxismus und des Klassenhasses dienen“. Er kann keine Gewerkschaften dulden, die selbst nach einer äußerlichen „Entpolitisierung“ durch ihre jahrzehntelange Infiltrierung mit dem Marxismus nach wie vor eine Gefahr für den nationalsozialistischen Staat bedeuten würden. Er kann aber aus seinem Streben nach unbedingter Durchdringung des ganzen gesellschaftlichen Lebens mit der nationalsozialistischen Staatsidee auch keine „neutralen“ Gewerkschaften dulden. Selbst Gewerkschaften, die wie die christlichen Gewerkschaften, auf bewußt sozialem und nationalem Boden stehen, können dem neuen Staat in konsequenter Verfolgung seiner Staats- und Gesellschaftsidee nicht genügen. Die logische Folgerung aus dem staatspolitischen Willen der vollkommenen Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens mit der nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsidee ist, daß der neue Staat auch nur solche sozialen Organisationen duldet, die vollständig „gleichgeschaltet“ sind, d. h. die unbedingt in dieser Staatsidee landein und gesellschaftlich wirksam sind.

Darum ist im neuen Staat für selbständige „Richtungsgewerkschaften“ kein Raum mehr. Darum ist in ihm kein Raum mehr für eine Vielheit von Verbänden gleicher Art. Raum im nationalsozialistischen Staat ist nur mehr für die unbedingt aus seiner Staatsidee orientierte Einheitsgewerkschaft. Darum mußten sich auch die Hoffnungen auf ein Bestehenbleiben und auf eine „Gleichschaltung“ der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen unter Erhaltung ihrer organisatorischen Selbstständigkeit als irrig erweisen. Der neue nationalsozialistische Staat kann aber nur eine — seine Gewerkschaftsbewegung dulden.

Nicht der Gewerkschaftsgedanke und nicht die Gewerkschaften an sich werden also zer-

Generalaktion gegen die „freien“ Gewerkschaften - Gleichschaltung der christl. Gewerkschaften - Bernhard Otte in den Arbeitersenate berufen

Der vom Reichskanzler eingesetzte Aktionsausschuß zum Schutze der deutschen Arbeit, unter Führung des Präsidenten des Preussischen Staatsrates Dr. Ley, hat am Dienstag, dem 2. Mai 1933, im ganzen Reich die Häuser der „freien“ Gewerkschaften besetzt und alle führenden Persönlichkeiten der freien Gewerkschaften in Schutzhaft nehmen lassen. Gleichzeitig wurden die Wirtschaftsorganisationen, Arbeiterbanken usw. der „freien“ Gewerkschaften besetzt.

In Verfolg dieser Maßnahmen gegen die „freien“ Gewerkschaften haben sich auch nach vorhergegangenen Verhandlungen mit dem Leiter des Aktionskomitees die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und dem Aktionskomitee unterstellt. Ebenso haben sich die nationalen Angestelltenverbände unter der Führung des DHD, der Reichsregierung und dem Aktionskomitee unterstellt.

Damit ist die Gleichschaltung der deutschen Arbeitnehmerbewegung im Sinne der Reichsregierung durchgeführt.

Der Leiter des Aktionskomitees, Dr. Ley, weist in einem Aufruf darauf hin, daß diese Aktion nicht die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften bezwecke. Aufgabe der erfolgten Gleichschaltung ist vielmehr die

Herstellung einer einheitlichen Arbeiterfront, in welcher unter Zusammenführung der einzelnen Organisationen bei Beibehaltung der sachlichen Unterschiede zwei Säulen der Arbeiterschaft herbeigeführt werden. Wie der Leiter des Aktionskomitees mitteilt, hat er, nachdem der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, der GDA und andere Verbände sich bedingungslos der Führung des Reichskanzlers und dem Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellt haben, die Absicht, die sachlichen und sachlichen Kräfte aus diesen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. Schon am 10. Mai stattfindenden Arbeiterkongreß in Berlin wird dieser Wille der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht werden.

Diese Maßnahme bringt gegenüber dem früheren deutschen Gewerkschaftswesen einen grundlegenden Wandel. Sie bedeutet die Aufgabe der Selbstständigkeit der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen und ihre Gleichschaltung in einer nationalen Einheitsgewerkschaft, die durch die organisatorischen Maßnahmen herbeigeführt werden wird. Diese Maßnahmen erfordern naturgemäß eine Ausarbeit-

ung und Vorbereitung des neuen organisatorischen Aufbaues der künftigen beiden Einheitsverbände für Arbeiter und Angestellte, der voraussichtlich noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird. Darum bedeutet der neue Zustand keine Auflösung der einzelnen Verbände. Das gilt auch für die Verbände der christlichen Gewerkschaften. Die Ortsgruppen, Bezirke und Zentralen arbeiten weiter wie bisher. Die Beiträge und die Mitgliedszahlungen nehmen ihren Fortgang. Das liegt durchaus im Sinne des Aktionskomitees und ebenso auch im Interesse der Arbeiterschaft und der Mitglieder der Verbände. Es darf jetzt im eigenen Interesse derselben keine Abspaltungen geben. Die christlich-nationalen Gewerkschaften verfügen stets über eine besonders disziplinierte Mitgliedschaft. Das muß so bleiben bis zu dem Augenblick, der die organisatorische Ueberleitung in die vorgesehene neue Organisationsform bringt. Jene, welche Verluste für die Mitgliedschaft der Verbände werden, wie seitens des Aktionskomitees ausdrücklich versichert wird, durch diese Umformung nicht eintreten. Das Aktionskomitee weist ausdrücklich darauf hin, daß die erfolgten Maßnahmen, insbesondere auch die Beschlagnahme der Vermögen der freien Gewerkschaften und die künftige Finanzkontrolle aus diesem Grunde erfolgt sind, um die Mitgliedschaft der Gewerkschaften vor allen Verlusten zu bewahren.

Es liegt also bei den Mitgliedern, durch ordnungsmäßige

Fortführung der Beitragszahlung dafür Sorge zu tragen, daß ihre erworbenen Rechte nicht verlorengehen.

Wie bereits erwähnt, wird die technische Ueberleitung voraussichtlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, und sie wird unter Mitwirkung der Vertrauensmänner der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung gelingen. Es ist ausdrücklich von der neuen Führung betont worden, daß die Mitarbeit der bewährten Gewerkschaftler zweckmäßig und

christlichen Gewerkschaften nicht in Aussicht genommen. Ebenso sind gegen die christlichen Gewerkschaften keine direkten Aktionen wie bei den „freien“ Gewerkschaften erfolgt. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, ist vom Leiter des Aktionsausschusses in den neu gebildeten Arbeitersenate berufen worden. Das ist ein besonderer Vertrauensbeweis für unsere Bewegung. Er läßt erkennen, daß es dem Aktionskomitee mit seinen Erklärungen und mit seinem Willen im Interesse der Arbeiterschaft ernst ist.

In Verfolg dieser allgemeinen Neuregelung haben die einzelnen Landesverbände der christlichen Gewerkschaften bereits mit der Leitung der NSD, Verbindung aufgenommen und die erforderliche Gleichschaltungsaktion eingeleitet. Damit ist überall dem Willen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur praktischen Mitarbeit beim Neubau der deutschen Arbeiterbewegung positiv Ausdruck gegeben worden.

ihre sachlichen Untergruppen in der neuen berufsständischen Ordnung festgelegt und umgrenzt werden, kann heute noch kaum mit Sicherheit vorausgesagt werden. Sie werden im Rahmen jener Zielsetzung gefunden und ausgebaut werden müssen, der wir allgemein in ihrer Art und Zweckbestimmung und in ihrer äußeren Form umrissen haben. Im Rahmen der deutschen Einheitsgewerkschaft, die der Staat so an Stelle der deutschen Gewerkschaften schaffen wird.

Wir verhehlen uns die Bedeutung und Schwere dieser Aufgabe nicht. Auf dem Wege zu dieser einheitlichen Zusammenfassung, die dennoch unter weitgehendster Dezentralisation Raum für die notwendige berufliche und sachliche Gliederung lassen soll, werden Schwierigkeiten liegen, die nur unter Einsatz äußerster Kraftanstrengung und Sachkenntnis zu bewältigen sind. In der rein organisatorischen ebenso wie in der finanziellen Lösung. Es wird des Einfaches insbesondere auch der bewährten gewerkschaftlichen Kräfte bedürfen, um diese schwere Aufgabe zu lösen.

Das Wissen um diese Schwere und Größe der gestellten Aufgabe und die Erkenntnis, daß es um die Lebensfrage der deutschen Arbeiterschaft geht, aber verpflichten die gesamte positiv eingestellte und staatsbegehende Arbeiterschaft zur selbstlosen Mitarbeit.

Wie im einzelnen die Funktionen dieser Einheitsgewerkschaft, ihrer Verbände und

Das soziale Wollen der Reichsregierung

Aus der Rede des Reichsfinanziers am Tage der nationalen Arbeit

Das deutsche Volk hat eine schwere Not hinter sich. Nicht als ob diese Not etwa mangelndem Fleiß zuzuschreiben wäre, als ob unser Volk vielleicht nicht mehr arbeiten wollte, nein! Millionen Menschen unseres Volkes, sie sind tätig wie früher, Millionen Bauern gehen hinter ihrem Pflug, Millionen Arbeiter stehen an der Drehbank, am Schraubstock, am Amboss. Millionen unseres Volkes sind tätig, und Millionen andere wollen tätig sein — sie können es nicht. Alles scheint vergeblich zu sein: Not und Elend und Jammer, Verzweiflung. Zehntausende finden den leichtesten Weg zum bittersten Entschluß des Lebens. Und wenn wir uns fragen weshalb?

Es ist eine politische Not

Das deutsche Volk ist in sich zerfallen, seine ganze Lebenskraft für den inneren Kampf verbraucht, die Hoffnung auf die Stärke des eigenen Willens, die eigene Kraft, sie ist klein geworden. Das Volk zerfällt, und in diesem Zerfall verfallt seine Lebenskraft, die Kraft zur Lebensbehauptung, und wir sehen nun die Ergebnisse dieses Klassenkampfes vor uns. Und wir sollen nun aus diesen Ergebnissen lernen und wir wollen aus ihnen lernen, und wir haben aus ihnen gelernt. Und wir haben eines als erste Aufgabe zur Wiedergewinnung unseres Volkes erkannt: Das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen.

Wir wissen, daß dieser Prozeß des Zueinanderfindens und gegenseitigen Verstehens nicht ein Prozeß von wenigen Wochen oder Monaten, ja, auch nur von einigen Jahren sein kann. Allein wir haben den unerschütterlichen Entschluß, diese große Aufgabe vor der deutschen Geschichte zu erfüllen, haben den Entschluß, die deutschen Menschen wieder zueinander zu führen, und wenn sie nicht wollen, sie zueinander zu zwingen. Wir sehen dabei als notwendig an, daß sie in dem, was sie bisher vielleicht trennte, in der Zukunft das große Einigende erblicken. Das ist der Sinn des 1. Mai, der von nun an durch die Jahrhunderte hindurch in Deutschland gefeiert werden soll, daß an ihn alle die Menschen, die im großen Räderwerk unserer nationalen Arbeit tätig sind, zueinander finden und gegenseitig sich einmal im Jahre wieder die Hand reichen in der Erkenntnis, daß nichts geschehen könnte, wenn nicht alle ihren Teil der Leistung und der Arbeit dabei vollbringen. Und so haben wir als Motto dieses Tages gewählt den Satz:

Ehret die Arbeit

und achtet den Arbeiter!

Es ist für Millionen heute vielleicht schwer, über den Haß und die Mißverständnisse, die künstlich in der Vergangenheit geächtet worden sind, nun wieder zusammenzufinden. Es gibt aber eine Erkenntnis, die diesen Weg leicht beschreiten läßt. Es mag einer tätig sein wo immer, er soll und darf nie vergessen, daß sein Volksgenosse, der, ebenfalls ganz gleich wo immer, sowie er seine Pflicht erfüllt, unentbehrlich ist, daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit einer Regierung, durch die Arbeit einer bestimmten Klasse, durch die Arbeit einer Intelligenz, daß sie nur lebt durch die Arbeit aller.

Es ist notwendig, daß man jeden Stand die Bedeutung des anderen lehrt.

Und dann soll dieser 1. Mai zugleich eines dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen: der Fleiß, die Arbeit, sie allein schaffen nicht das Leben, wenn sie sich nicht vermaßlen mit der Kraft und dem Willen eines Volkes. Fleiß und Kraft, Arbeit und Willen gehören zusammen. Nur dann, wenn hinter dem Wert der Arbeit die starke Faust der Nation sich erhebt zum Schutz und Sichern, kann aus Fleiß und Arbeit wirklich Segen erwachsen. Und das soll wieder dieser Feiertag der Nation dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen: deutsches Volk, du bist stark, wenn du eins wirst, du bist gewaltig, wenn du den Geist deines Klassenkampfes und der Zwietschacht aus dem Herzen reißt. Du kannst hinter deine Arbeit deine unerhörte Kraft stellen, wenn du die Arbeit verbindest mit dem Willen deines gesamten Volkstums.

Wenn wir heute zum ersten Male dieses Fest feiern, dann wollen wir ganz kurz uns vor Augen führen, was nun

unsere Ziele

sind für die Zeit, die vor uns liegt.

Und da ist das erste Ziel: Unverrückbar wollen wir kämpfen, daß die Macht, die der neue Gedanke, der neue politische Glaube in unserem Volk erobert hat, nunmehr entschärft, sondern daß sie sich im Gegenteil immer mehr festigt. Wir wollen kämpfen dafür, daß die neue Idee sich fiegend über ganz Deutschland erhebt und daß sie allmächtig dieses ganze deutsche

Volk in die Gewalt ihres Bannes zieht. Wir wollen daher mutig und entschlossen diese Fahne der Auf-erhebung unseres Volkes verteidigen gegen jeden, der sie glaubt niederziehen zu können.

Und zweitens: Wir haben vor, das Selbstgefühl und das Selbstbewußtsein in diesem Jahre in unserem Volke nun zu erwecken und dauernd zu steigern. Wir wollen unseres Volke unentwegt die Ueberzeugung einimpfen:

Deutsches Volk, du bist nicht zweithälftig, und wenn tausendmal die Welt es so haben will.

Und wir haben Sie, meine Volksgenossen, in ganz Deutschland schon am ersten Tage so gerufen, um Ihnen so recht aus dem Gefühl der inneren Verbundenheit heraus diese Ueberzeugung zu geben: Deutsche, ihr seid ein Volk. Und ihr seid ein Volk, das stark ist, wenn ihr selbst stark sein wollt. Ich weiß es, meine Kameraden, euer Tritt wird morgen wieder härter sein als er gestern war. Denn wir alle fühlen es, die Nation kann man heute vielleicht vergewaltigen, kann sie vielleicht in Ketten schlagen, beugen, demütigen kann man uns nicht mehr.

Und endlich soll an diesem Tage als Proklamation zugleich für die Zukunft dokumentiert werden eine Verbundenheit, die wir durch eine Tat verwirklichen werden,

Arbeitsdienstpflicht

Es ist unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, er mag sein, wer er will, ob hochgeboren und reich, oder arm, ob Sohn vom Gelehrten oder Sohn vom Fabrikarbeiter, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen. Damit er sie kennenlernen, damit er auch hier einst leichter befehlen kann, weil er selbst vorher schon zu gehorchen gelernt hat.

Wir werden in diesem Jahre zum erstenmal diesen großen ethischen Gedanken in die Wirklichkeit überführen, und wir wissen, daß, wenn erst einmal 40 Jahre vergangen sind, das Wort Arbeit und Handarbeiter dann für die Millionen Menschen genau dieselbe Sinneswandlung hervorgerufen haben wird, wie einst Millionen Menschen den Landsknecht vergessen haben und den deutschen Soldaten an seine Stelle setzten.

Wir werden aber in diesem Jahr als weitere große Aufgabe

die Befreiung

der schöpferischen Initiative

von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritärer Beschlüsse durchführen und sicherstellen. Nicht nur im Parlament, nein, auch in der Wirtschaft. Wir wissen, daß unsere Wirtschaft nicht emporkommt, wenn nicht eine Synthese gefunden wird zwischen Freiheit des schöpferischen Geistes und Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber. Und daher wird es auch unsere Aufgabe sein, den Beträgen die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt.

Endlich werden wir in diesem Jahre uns bemühen, die erste Etappe auf dem Wege einer organischen Wirtschaftsführung zurückzulegen und werden dabei von einer fundamentalen Erkenntnis ausgehen: es gibt keinen Aufstieg, der nicht beginnt bei der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens, beim Bauern. Von ihm führt der Weg zum Arbeiter und weiter endlich zur Intelligenz. Wir werden daher beginnen, in erster Linie den Landmann und seine Wirtschaft gesund zu machen. Weil wir wissen, daß damit auch die Voraussetzung zur Gesundung der ganzen übrigen Wirtschaft getan ist.

Und damit kommt eine weitere Aufgabe, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch eine

Arbeitsbeschaffung

die wir in zwei große Gruppen einteilen. Und hier wird ein großes, gewaltiges Werk in diesem Jahre in Angriff genommen, mit welchem wir die deutschen Bauten, die Häuser wieder in Ordnung bringen werden und damit für Hunderte und Hunderttausende Arbeit schaffen werden. Und zweitens: Wir wollen nunmehr in diesem Augenblick und an dieser Stelle zum ersten Male den Appell an das ganze deutsche Volk richten. Deutsches Volk! Glaube nicht, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird. Du mußt selbst mithelfen, es zu lösen, du mußt aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit schaffen kann. Jeder andere hat die Pflicht, von sich aus nicht zu zögern, mit dem, was er machen soll und einmal machen muß, jeder hat die Pflicht, von sich aus her im Vertrauen auf die Zukunft seinen Teil sofort beizutragen.

Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder einzelne, er hat die Pflicht, nach seinem Vermögen mitzuhelfen, Arbeit zu schaffen, und vor allem jeder hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeit zu erinnern.

In erster Linie ein Riesenprogramm, das wir nicht der Nachwelt überlassen wollen, sondern das wir verwirklichen müssen, ein Programm, das wohl Milliarden erfordert, das Programm unseres Straßenbaues.

Eine gigantische Aufgabe. Wir werden sie groß beginnen und die Widerstände dagegen aus dem Weg räumen, und damit wird eine Serie öffentlicher Arbeiten eingeleitet, die zusammen mithelfen, die Arbeitslosenzahl immer mehr herunterzudrücken.

Endlich wird ein Anlauf stattfinden gegen die Unerträglichkeit der heutigen Zinssätze.

Wir werden auch hier den Entschluß durchführen, der uns Nationalsozialisten seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit ist, und damit in Verbindung eine Handelspolitik durchführen, die uns die Stetigkeit der Produktion sichert, ohne die deutsche Landwirtschaft zu vernichten.

So wie der Weg der 14 Jahre hinter uns bis zum heutigen Tage ein Weg ewiger Kämpfe war, ein Weg, der einen tausendmal oft verzweifeln ließ, so wird auch der Weg in die Zukunft schwer sein. Die Welt verfolgt die uns.

Wir wollen den Frieden

Sie wendet sich gegen uns. Sie will nicht unser Recht im Leben anerkennen, will nicht unser Recht am Schutze der Heimat anerkennen. Mein Volk, wenn so die Welt gegen uns steht, dann müssen wir um so mehr zu einer Einheit werden und müssen ihr unentwegt versichern: Ihr könnt tun, was ihr tun wollt. Niemals aber werdet ihr uns beugen, niemals uns zwingen, euer Joch anzuerkennen. Den Ruf nach dem gleichen Recht werdet ihr niemals mehr aus unserem Volk befehlen. Hofft nicht auf Meinelidige, die vielleicht euch helfen können. Das deutsche Volk ist zu sich gekommen. Es wird Menschen, die nicht für Deutschland sind, nicht mehr dulden.

Wir wollen uns den Wiederaufstieg unseres Volkes durch unseren Geist, unsere Beharrlichkeit, unseren Willen ehrlich verdienen. Wir bitten nicht den allmächtigen Herrn: Mach' uns doch frei! Wir wollen tätig sein, arbeiten, uns brüderlich vertragen, miteinander ringen, auf daß einmal die Stunde kommt, da wir vor ihn hintreten können und ihn bitten dürfen: Herr, du siehst, wir haben uns geändert. Das deutsche Volk der Ehrlichkeit, der Schule der Selbsterziehung, der Kleingütigkeit und Kleingläubigkeit, nein, Herr, das deutsche Volk ist wieder stark geworden, in seinem Geist stark, in seinem Willen stark, in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer. Herr, wir lassen nicht von dir. Nun setze unsern Kampf um unsere Freiheit und damit um unser deutsches Volk und Vaterland.

Gleichschaltung

auch der Industrie-Verbände

Reorganisation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Nach einer Unterredung des Reichskanzlers mit dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, und nach dem Reichswirtschaftsminister Dr. Sugenberg und die Herren Dr. h. c. Dr. Wagener und Alfred Möllers, M. d. R., zu Kommissaren des Reichs für den Reichsverband der Deutschen Industrie und für die übrige Wirtschaft — mit Ausnahme der Landwirtschaft — bestellt und nachdem ferner Herr Dr. Wagener für den Bereich des Reichsverbandes Herrn Dr. von Lucke zu seinem Stellvertreter ernannt hat, veröffentlicht der Reichsverband der Deutschen Industrie eine Erklärung. Darin heißt es:

Entsprechend dem Beschluß des Präsidiums vom 6. April, durch den der Vorsitzende Dr. Krupp von Bohlen und Halbach einstimmig zur Vereinfachung und Umgestaltung der industriellen Verbände ermächtigt worden ist, wird Herr von Bohlen die ihm übertragenen außerordentlichen Vollmacht dazu beugen, um auf dem Gebiete der industriellen Verbändeorganisation das wirtschaftliche Gegebene mit dem politischen Notwendigen abzustimmen, die neue Organisation in Uebereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen

Gewerkschaften

müssen bestehen bleiben

Der „Bergknappe“, die Verbandszeitung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, veröffentlicht in seiner letzten Nummer ein beachtenswertes Schreiben, das von allgemeinem Interesse ist.

In Klein-Mußheim in Hessen hatten Nationalsozialisten unter den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes für die NSD. gemorben. Sie sollen dabei erklärt haben, daß die NSD. im Falle eines Uebertritts alle Rechte anerkennen und übernehmen würde. Auf die eingelegte Beschwerde beim Staatskommissar für Arbeitsfragen in Hessen erging folgende sehr bedeutungsvolle Antwort:

Der Hessische Minister des Innern.

Darmstadt, den 18. April 1933.

Betrifft: Betriebsvertretungen.

Ich nehme Bezug auf die Unterhaltungen, die ich dieser Tage mit Ihnen hatte. Ich betone noch einmal, daß der Staatskommissar für Arbeitsfragen nicht daran denkt, die christlichen Betriebsratsmitglieder durch NSD.-Leute ersetzen zu lassen. Wilde Aktionen der NSD.-Leute bitte ich mit zu melden, damit sie unterdrückt werden können.

Was das Schreiben Ihrer Ortsverwaltung Aschaffenburg vom 10. 4. anbelangt, so glaube ich nicht, daß Resfert sich so ausgedrückt hat, wie es in dem Schreiben angegeben ist. Jedenfalls würde es sich um eine Entgleisung von Resfert handeln, wenn Ihre Darstellung zutreffen würde. Wenn ich auch bestreite bin, daß die NSD. wächst, so lehne ich diese Methoden selbstverständlich ab. Es kann keine Frage sein, daß bei einem Uebertritt eine Umrechnung nicht erfolgen kann, denn die NSD. ist ja keine Gewerkschaft und will keine sein, sondern ein politisches Kampfmittel und wird es auch in Zukunft bleiben.

Was die Gewerkschaften selbst anbelangt, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß selbstverständlich auch in Zukunft solche bestehen werden und bestehen müssen. Wir Nationalsozialisten wollen doch gerade dem Arbeiter das geben, was ihm zukommt. Wir denken nicht daran, den einzelnen Arbeiter der Willkür des Arbeitgebers auszuliefern, sondern sind nach wie vor für eine Standesvertretung der Arbeiter. Nur wird es so werden, daß in Zukunft die Gewerkschaften nicht neben oder gar über dem Staat stehen, sondern daß sie sich ein- und unterzuordnen haben. Sie müssen sich auf ihre eigentlichen Aufgaben, Gewerkschafts- und Sozialpolitik, zurückziehen und dürfen sich um Parteipolitik nicht mehr kümmern. Sie werden wahrscheinlich noch andere Aufgaben zur Erledigung übertragen erhalten. Ich denke da insbesondere an Nationalpolitik, an Berufsausslese und Berufserleichterung, an Schulung usw. Jedenfalls geht unsere Arbeit dahin, die Gewerkschaften vollständig in den Staat einzugliedern, wenigstens was die Leitung anbelangt. Es wird aber niemand daran denken, das gesamte Gewerkschaftsleben zu kontrollieren. Sie sollen selbst schaffen und arbeiten können.

Ich hoffe, über diese Dinge mit den Gewerkschaften in den nächsten Tagen noch eine Aussprache zu haben.

gez. J. B. Bergner.

Franz Wieber †

Mit dem Tode Franz Wiebers, der am 30. April im Alter von 75 Jahren starb, hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung einen ihrer markantesten Arbeiterführer verloren. Franz Wieber, der am 24. März 1858 als Sohn eines Hauswebers und kleinen Bauern im Hessischen geboren wurde, spielte schon früh in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle. Er gründete 1899 den christlich-nationalen Metallarbeiterverband, als dessen Führer er einen entschiedenen Kampf gegen den Marxismus und die sozialistischen Gewerkschaften führte. Selbst aus einer armen, hingerichteten Familie, mußte Franz Wieber die Not schon in frühen Jahren an eigenen Leiden erfahren, und oft hat er bei Zusammenkünften unter Kollegen aus jener Zeit seiner Jugendjahre, seiner Wanderschaft und seiner Arbeiterschaft als Form in Dortmund und Duisburg erzählt. Das Soziale war ihm Friedkraft für seine gewerkschaftliche Tätigkeit. In gleichem Maße aber war sein Handeln auch bestimmt von seiner christlich-nationalen Überzeugung, die ihm jene falsche Neutralität innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, wie sie von den sozialistischen Gewerkschaften als Lockmittel angewandt wurde, unmöglich gemacht. Scharf und klar stellte Franz Wieber seine weltanschauliche gegnerische Haltung gegen den Marxismus und seine christlich-nationale Überzeugung stets heraus. Er stand an der Spitze der christlichen Metallarbeiter, die 1918 entschieden Front machten gegen den Munitionarbeiterstreik der sozialistischen Gewerkschaften und gab in seinem Aufruf im Januar 1918 entschieden seiner nationalen Überzeugung Ausdruck, als er gegen den sozialistischen Streik aufrief: „Unser Vaterland ist von Feinden von allen Seiten bedroht. In dieser Situation ist ein Streik Verrat am Vaterland und an ihren Vätern und Söhnen an der Front, die ihm mit ihrem Blut und Leben bezahlen müssen. Wir sind es ihnen schuldig, daß wir sie nicht im Stich lassen.“ Der entschlossene Haltung Franz Wiebers und der christlichen Metallarbeiter ist es zu danken, daß damals der sozialistische Streik im Rheinland und Westfalen erfolglos blieb. Der bekannte Industrielle Bögl er erklärte damals: „Das werden wir den Eisenhüttenarbeitern an der Ruhr nie vergessen.“ Auch in der Folge blieb Wiebers staatspolitische Haltung entschieden national. Auch in der Revolutions- und Nachkriegszeit. Franz Wieber gehörte auch zu denen, die in der Nationalversammlung bei der Abstimmung über die Reichsfarben für schwarz-weiß-stämmen. Er gehörte ebenso zu denen, die von Anfang an in scharfer Anklage gegen das Versailles-Diktat standen und die Revision des Friedensvertrages forderten. Als 1923 die Ruhrbesetzung erfolgte und Franz Wieber mit allen Kräften sich für den passiven Widerstand einsetzte, wollten ihn die Franzosen als Geißel festnehmen und abführen. Monatlang zog er im Lande des besetzten Gebietes umher, immer in der Gefahr der Verhaftung, unablässig werbend für den Widerstand der rheinisch-westfälischen Arbeiterchaft. So legte Franz Wieber mit seiner bewußten christlich-nationalen Führung der Arbeiterchaft die Grundtöne für seinen Verband und für die christliche Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Er war in seinem nationalen und sozialen Denken entschieden bis zur letzten Konsequenz. Mit einer seltenen Energie setzte er sich durch und scheute keinen Widerstand, wenn er einmal das Ziel erkannt und festgelegt hatte. Die christliche Gewerkschaftsbewegung dankt ihm darum mehr, als heute überhaupt aufgezeigt werden kann.

Es liegt eine besondere Tragik darin, daß Franz Wieber, dieser Vorkämpfer unserer Bewegung im Nationalen und Christlichen, gerade am Vorabend des Tages sterben mußte, als zum ersten Male das ganze deutsche Volk in jener Einmütigkeit sich zum nationalen Bekenntnis des Sozialen zusammenfand, wie es Franz Wieber stets vornehmte.

Bei seinem hervorragenden Schaffen und bei der allgemeinen Hochachtung, die Franz Wieber als Arbeiterführer und auch als Politiker immer genoss, blieb er immer freier der einfache, schlichte Mensch, der er von Anfang an war. Wir erinnern uns noch lebendig des Zusammenkommens mit ihm in den letzten Wochen, da er einmal gelegentlich einer Vorstandssitzung unseres Verbandes im Königswinter uns darauf hinwies, daß er eigentlich auch „Textilarbeiter“ sei. In seinen ganz jungen Jahren schon habe er seinem Vater als Hausweber jene Hilfsarbeiten leisten müssen, wie sie in der Hausweberei üblich sind. Als Mensch und als Führer blieb Franz Wieber so stets derselbe. Der christlich-nationale Arbeiter und Gewerkschaftler von gutem alten Schling und Wurz. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Lage in der englischen Baumwollindustrie

Trotzdem die englische Baumwollindustrie in den letzten Monaten eine stärkere Ausfuhr verzeichnen konnte als in den verfloßenen Jahren, wird die Lage der englischen Baumwollindustrie als außerordentlich kritisch bezeichnet. Die erwähnte Ausfuhrzunahme beruht noch auf der Erledigung älterer Aufträge, während in den vergangenen Wochen kaum Neubestellungen gemacht wurden. Insbesondere der Export nach den östlichen Absatzgebieten stockt fast völlig. Die japanische Konkurrenz, die seit jeher die Hauptursache der englischen Textilarbeiter ist, drängt immer weiter vor und macht immer mehr der englischen Baumwollindustrie, auch ihren Absatzgebieten auf den südöstlichen und ägyptischen Märkten den Rang streitig. Das Verhalten der engl. Baumwollindustriellen kann dabei fast als hilflos bezeichnet werden. Immer wieder tauchen die bereits vor Jahren gemachten alten Vorschläge auf; immer wieder verlangt man insbesondere einen Eingriff der Regierung, staatliche Subventionen, Zollmaßnahmen und ähnliche völlig unzureichende Hilfsmittel. Dabei muß immer wieder festgestellt werden, daß in der Baumwollindustrie selbst die Meinung und die Wünsche der Unternehmer über die zu ergreifenden Maßnahmen völlig auseinandergehen. Einsichtige Unternehmer lehnen auch heute noch Hilfs- und Stützungsmaßnahmen der Regierung ab und wenden sich insbesondere entschieden gegen die Zollsubventionen eines Teiles der Industriellen. Man weiß seitens dieser Unternehmer mit Recht darauf hin, daß solche Schutzmaßnahmen lediglich zu Gegenmaßnahmen der betreffenden Gebiete führen müssen und dann auch keine Verbesserung der schwierigen Lage zu bringen vermögen. Auch über das notwendige Zusammengehen zum Zwecke der Rationalisierung ist man sich in der englischen Baumwollindustrie noch immer nicht einig geworden. Die Vorschläge der „Lancashire Cotton Corporation“, die seit Jahren bereits gewisse Reorganisationsmaßnahmen fordert, finden immer wieder starken Widerstand. Die Cotton Corporation betont vor allem, nicht mit Unrecht, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen eine beträchtliche Kostenreduktion, wie sie zur Begegnung des japanischen Kohndumpings erforderlich wäre, nicht möglich ist. Man spekuliert in jenen Kreisen verständlicherweise offenbar auf eine weitere Pfundentwertung, von der man sich eine neue Ausfuhr-

belebung verspricht. Daß eine solche inflationistische Ausfuhrbelebung ebenfalls zu keiner wirklichen Befundung der englischen Baumwollindustrie führen kann, braucht kaum betont zu werden.

Ein Teil der Industriellen hat in den vergangenen Monaten versucht, auf Kosten der Preise unter allen Umständen die Ausfuhr zu steigern. Diese Methode, um jeden Preis zu produzieren und auszuführen, mußte naturgemäß zu außerordentlich starken Verlusten führen, die schließlich von selbst die Fortführung jeder Absatzpolitik unmöglich machte. Darauf hat man sich entgegengesetzt eingestellt und zum Prinzip gemacht, nur noch wirklich lohnende Aufträge durchzuführen. Das Ergebnis war eine Einschränkung jener Betriebe um mehr als 50 Prozent, durch die wiederum eine erhebliche Kostensteigerung eingetreten ist. Diese verschiedenen gerichteten und oft sich selbst entgegengesetzten Maßnahmen zeigen am deutlichsten die widerspruchsvolle Meinung, die man in der englischen Baumwollindustrie als Folge der jahrelangen Krise heute antrifft.

Interessant sind dabei auch die neuerlichen Forderungen, die auf eine Herabsetzung der Farbstoffzölle, welche die Regierung in den letzten Jahren durchführte, gerichtet sind. In Frage kommen dabei insbesondere die deutschen Garn- und Stofffarben, die früher in weit stärkerem Maße in der englischen Baumwollindustrie benutzt wurden und ihr infolge der billigen Farbstoffe und der guten Qualitäten zugute kamen. Von der Herabsetzung der Farbstoffzölle erhofft man noch immer eine günstige Auswirkung.

Auf dem indischen Marke ist durch eine beträchtliche Erhöhung der Zölle die japanische Konkurrenz in den letzten Monaten wesentlich zurückgedrängt worden. In der Hauptsache profitierte davon zwar die einheimische Baumwollindustrie, aber auch die englischen Baumwollindustriellen hatten davon manchen Vorteil. So verstärkt sich verständlicherweise wiederum die Forderung, auch auf den andern Märkten durch Zollerhöhungen die Konkurrenz auszuschalten oder zum mindesten ein weiteres Anwachsen derselben zu verhindern.

Alles in allem muß die Stimmung als außerordentlich gedrückt bezeichnet werden; die maßgebenden Industriellen und Wirtschaftler sind der Auffassung, daß die Lage und die Aussichten der englischen Baumwollindustrie kaum jemals so schlimm gewesen seien wie heute.

Wachstumshemmungen in der Textilindustrie

(Schluß) Dieselbe abweichende Entwicklung, wie wir sie schon für die Vorkriegsjahre kennen lernten, zeigt sich auch jetzt in den „alten“ und „neuen“ Industriezweigen; nur mit dem Unterschied, daß inzwischen weitere Industrien „veraltet“ und „neue“ Zweige der Textilherzeugung aufgetaucht sind. So ergibt sich aus dem Verlaufe der deutschen Textilerzeugung folgendes Bild, das höchstwahrscheinlich auch in den übrigen „alten“ Industrieländern anzutreffen ist: zu den „alten“ Industriezweigen, die unter starkem strukturellen Druck stehen, sind vor allem Leinwandgewebe und Reinegarne getreten, die (infolge der Zurückdrängung des Reinsens durch Baumwoll- und Kunstseidenstoffe) seit 1913 nicht nur keine Erhöhung ihrer Wachstumsrate mehr erfahren, sondern bis 1928 um 51 bzw. 64 Prozent ihrer Erzeugung abnahmen. Der Durchschnitt der Textilien war eine Kleinigkeit rückgängig; Zwerggarne hatten inzwischen ihr einstiges hohes Wachstum eingebüßt (übrigens auch ein struktureller Vorgang: Papierfäden statt Jutesäden und lose Schütting von Getreide und Rohlf), sie hielten sich ungefähr am durchschnittlichen Rückgang der Textilindustrie; Käse in Wolle waren Baumwollgewebe, Zwilgarne und Samtgarne eine Kleinigkeit steigend, etwa entsprechend dem Durchschnitt der gesamten deutschen Industrie, waren Seidengewebe; die Wollkammerlei wies eine Wachstumsrate um rund 5 Prozent auf; an der Spitze aller Textilbranchen lag als sprechendes Beispiel „junger“ Industriezweige (mit freilich chemischer Prägung) die Kunstseidenindustrie, deren Erzeugung sich auf das 8-fache hob.

Allgemein hat sich die Vorkriegsentwicklung in fast allen „alten“ europäischen Industriezweigen noch vererbender Unterbrechung auch nach dem Krieg wieder eingestellt, wodurch die Verbrauchsgüter-gegenüber der Produktionsgüterherzeugung verhält-

nismäßig abnimmt. In Deutschland (neues Reichsgebiet) stieg beispielsweise die Produktionsgüterherzeugung im Durchschnitt der Jahre 1927/29 um 14 Prozent gegenüber 1913, die Verbrauchsgüterherzeugung nur um 10 Prozent. In Großbritannien wurde 1928 eine Produktionsgüterherstellung von 95 (1913 = 100), eine Verbrauchsgüterherzeugung von nur 90 erreicht. Für Frankreich lauten die Ziffern entsprechend 145 bzw. 105, für Schweden 137 bzw. 130, für Holland 124 bzw. 163. In Großbritannien, dem ältesten Industrielande, also stärkerer Rückgang der Verbrauchs- als der Produktionsgüter, in den übrigen Ländern geringeres Steigen der Verbrauchsgüter gegenüber den Produktionsgütern. Dagegen in „jungen“ überseeischen Staaten die umgekehrte Entwicklung, das heißt gleichzeitig die Abhängigkeit dieser Länder von den fortgeschrittenen Industrieländern beschränkt sich zusehends mehr auf den Bezug von Produktionsgütern.

Die wichtigsten Folgerungen, die für die praktische Industrie- und Ausfuhrpolitik von großer Bedeutung sind und die Textilerzeugung der „alten“ Industrieländer auf den einschneidendsten betreffen, seien mäßig angeführt:

- 1. In allen Gebieten außerhalb Europas und Nordamerikas reichen die vorhandenen industriellen Kapazitäten nicht aus, um die anfallenden industriellen Rohstoffe selbst zu verarbeiten. Nordamerika und Europa nehmen den bisher noch vorhandenen „Rohstoffüberfluß“ der übrigen Gebiete auf und verarbeiten ihn industriell weiter. In dieser Krisiskonstellatation kann nur ganz allmählich eine Wandlung erfolgen; denn die Länder außerhalb Europas und Nordamerikas müssen ihre Kapazitäten im wesentlichen selbst zu veranlassen, um ihre eigenen Rohstoffe sämtlich in eigenen Hände zu verarbeiten.
- 2. In den sich neu industrialisierenden Gebieten überwiegt

vorläufig die Verbrauchsgüterherzeugung; werden dort doch noch etwa zweieinhalbmal soviel Verbrauchsgüter wie Produktionsgüter erzeugt. Der Bedarf der Neuländer an Produktionsgütern kann vorläufig nicht durch Eigenproduktion gedeckt werden; hier bestehen für die hochkapitalistischen Länder noch große Absatzmöglichkeiten.

Dieser Ausblick klingt für die europäische Textilindustrie, die zum Teil (besonders England) stark von den Ueberseemärkten abhängt, nicht sehr verlockend. Man kann nur wünschen, daß die obigen Ergebnisse, so günstig sie auch für die Produktionsgüterindustrien lauten, eine Berichtigung erfahren durch Aufschließung und Stärkung der großen außereuropäischen Märkte mit Riesenpopulationen. Die Auslösung der ungeheuren strukturellen Bedarfsstauungen asiatischer und afrikanischer Länder für Verbrauchsgüter und vornehmlich Textilien vermöchte die Entwicklung doch wohl im günstigeren Sinne zu beeinflussen.

Selbständige Eingriffe verboten

Eine Verfügung der NSDAP.

Berlin, 27. April. Der Sachbearbeiter für Wirtschaftspolitik im Verbindungstab der NSDAP. erläßt folgende Bekanntmachung: „In Verfolg der Verfügung des Leiters des Verbindungstabes der NSDAP. vom 23. April gebe ich folgendes bekannt:

1. Die Wirtschaft ist kein Instrument, in das man ungefragt sinnlose Eingriffe verüben kann. Daß das bisherige System der Wirtschaft, die Willkür des Wirtschaftsliberalismus, falsch war, wissen wir. Die Fehler dieses Systems können aber nicht durch eine neue Willkür beseitigt werden, vielmehr kann nur eine planmäßige Neuorientierung und eine planmäßige Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Grundlage für den Wiederaufbau und für die Sicherung von Arbeit und Brot für das gesamte Volk geben.

2. Jede selbständige Einsetzung von Kommissaren irgendwelcher Art ist deshalb verboten. Nur Behörden, wie Ministerien, Regierungen oder Bürgermeisterämter können Kommissare einsetzen. Auch bisher eigenmächtig eingesetzte Kommissare müssen zurückgezogen werden, sofern nicht ihre Legalisierung durch die zuständigen Stellen, z. B. durch den Aufsichtsrat, den Vorstand, die Geschäftsführung oder den Inhaber eines Unternehmens oder einer Behörde schriftlich und ausdrücklich erfolgt ist. Wenn in Ausnahmefällen die Zurückziehung eines Kommissars eine Gefährdung des öffentlichen Interesses oder des Betriebes bedeutet, so ist die zuständige Behörde oder Handelskammer zu Rate zu ziehen.

3. Die Umbildung der Führung der wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen hat in Zukunft nicht mehr eigenmächtiges Eingreifen parteipolitischer Dienststellen oder einzelner Parteigenossen zu erfolgen. Die Spitzenverbände sind bereits umgestellt. Unser Einfluß ist überall gesichert. Die Umstellung der nachgeordneten Verbände wird durch die Spitzenverbände nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt. Sollten an einzelnen Stellen die Änderungen nicht so durchgeführt werden, wie es der nationalsozialistischen Auffassung entspricht, so bitte ich, mir hierüber in jedem Falle direkt Mitteilung zu machen.

Gegen Austrittserklärungen aus den Gewerkschaften

Der Beauftragte der NSD. für den Bund der technischen Angestellten und Beamten hat einen Aufruf an die Mitglieder herausgegeben, in dem er bittet, daß die Mitglieder von weiteren Austrittserklärungen absehen und diejenigen, die ihren Austritt bereits in den letzten Wochen vollzogen haben, diesen widerrufen. Die Regierung will eine berufständische Organisation nicht nur erhalten, sondern gestärkt wissen, damit der Nationalsozialismus im Volkswirtschaftskörper eine segensreiche Arbeit leisten kann.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gleichschaltung der Gewerkschaften durchgeführt. — Unsere Aufgabe. — Tarifverträge müssen innegehalten werden. — Die neugebildete Arbeitsfront. — Lohnzahlung für den 1. Mai. — Das soziale Rollen der Reichsregierung. — Gewerkschaften müssen bestehen bleiben. — Gleichschaltung auch der Industrie-Verbände. — Franz Wieber †. — Die Lage in der englischen Baumwollindustrie. — Wachstumshemmungen in der Textilindustrie. — Selbständige Eingriffe verboten. — Gegen Austrittserklärungen aus den Gewerkschaften. — Feuilleton: Der Traum.